

"Bei sehr niedriger Wahlbeteiligung droht Instabilität"

Von Leonie Feuerbach

Achim Goerres untersucht Wählerverhalten in NRW. Im Interview erklärt er, welche Rolle Bildung spielt, was Menschen mit Einwanderungsgeschichte vom Wählen abhält und warum die AfD gut für die Wahlbeteiligung war.

Herr Goerres, bei der Landtagswahl am Sonntag haben in Nordrhein-Westfalen so wenige Menschen ihre Stimme abgegeben wie nie zuvor. Woran liegt das?

Die Wahlbeteiligung in NRW und anderen Bundesländern geht seit vielen Jahren zurück. Verwunderlich war eher die hohe Beteiligung 2017. Die langfristige Erklärung für diesen Trend ist ein Generationenwechsel: Generationen, die die gefühlte Bürgerpflicht wählen zu gehen noch sehr stark internalisiert hatten, sterben weg, und werden ersetzt von jüngeren Generationen, die diese Staatsbürgernorm weniger stark internalisiert haben. Eine kurzfristige Erklärung für dieses Mal könnte sein, dass die Wähler jeden Alters zwar ein großes politisches Interesse für Inflation, Energiepolitik und Verteidigung hatten, aber nicht für die Themen, die im Landtag verhandelt werden.

Aber um Energiepolitik ging es doch durchaus im Wahlkampf, etwa um den Ausbau der Windkraft und die Abstandsregelung für Windräder.

Aber die großen Themen, die die Menschen bewegt haben, etwa der Ukrainekrieg, konnten im Wahlkampf nicht bedient werden. Mich interessieren als Wissenschaftler immer auch kontrafaktische Szenarien. Was wäre bei der Landtagswahl passiert ohne Ukrainekrieg? Da glaube ich zum Beispiel, dass Schwarz-Gelb wesentlich mehr verloren hätte, weil die Unzufriedenheit mit der Corona-Politik sehr hoch war. 76

Prozent waren zum Beispiel unzufrieden mit der Schulpolitik. Wenn der Krieg nicht stattgefunden hätte, wären die Amtsinhaber dafür stärker abgestraft worden.

Besonders niedrig war die Wahlbeteiligung in der Stadt Duisburg, vor allem im Wahlkreis Duisburg III mit 38,1 Prozent. Sie haben Untersuchungen in Duisburg gemacht. Was haben Sie herausgefunden?

Grundsätzlich gibt es starke Unterschiede zwischen Wahlkreisen, die mit der sozioökonomischen Situation zu tun haben und sich nur schwer verändern lassen. Dort, wo viele arbeitslos sind oder Grundsicherung beziehen, ist die Wahlbeteiligung eher niedrig. Das sind Indikatoren sozialer Deprivation, die grundsätzlich, nicht nur in Duisburg, eng mit der Wahlbeteiligung zusammenhängen. Das heißt: Menschen, die ärmer sind, arbeitslos oder weniger gebildet, haben eine geringere Wahrscheinlichkeit zur Wahl zu gehen. Dazu gibt es Kontexteffekte. Wenn Sie und ich in unseren Freundeskreisen erzählen, 'Ich gehe nicht zur Wahl, das interessiert mich nicht', dann werden wir hochgezogene Augenbrauen ernten, kritische Nachfragen. Wenn Sie sich dagegen in einem Kontext befinden, wo viele nicht zur Wahl gehen, vielleicht auch nicht wahlberechtigt sind, dann ergibt sich diese situative Norm nicht. Das heißt: Soziale Deprivation multipliziert die Probleme, auf der Individualebene und auf der Ebene der Normen. Und das ist etwas, das können Sie nur unheimlich schwer beeinflussen.

Was kann man denn stattdessen beeinflussen?

Man darf bei dieser ganzen Diskussion nicht vergessen, dass unsere Wahlbeteiligung zwar niedrig ist, aber im internationalen Vergleich noch ganz gut. Es gibt Kommunalwahlen im Vereinigten Königreich, da kann man froh sein, wenn man zum Beispiel in England 35 Prozent erreicht. Dass wir da noch nicht sind, liegt auch daran, dass Deutschland eigentlich gute Wahlsysteme hat, die es einem leicht machen: Man kann leicht an der Briefwahl teilnehmen, aus dem Ausland wählen, es wird am Wochenende gewählt. Auf der institutionellen Seite des Wahlsystems kann man nicht viel drehen. Man kann die Wahlpflicht einführen, aber die ist problematisch.

Wieso?

Mit einer Wahlpflicht verändern Sie komplett die Natur des Wählens. Wir nennen das in der politischen Verhaltensforschung Motivational-Crowding-Out-Effekt. Wenn ich Ihnen Befehle, zur Wahl zu gehen, dann werden Sie sofort Ihr Pflichtgefühl abbauen, Ihre Eigenmotivation. Und das, so könnte man politiktheoretisch formulieren, verändert grundsätzlich die Natur der Demokratie. Dann fangen die Leute im Übrigen auch an, viel mehr ungültig zu wählen. Bisher haben wir sehr wenige in Deutschland, die das machen.

Ist über die Beweggründe von Nichtwählern wenig bekannt? Etwa, weil sie nicht an Nachwahlbefragungen teilnehmen?

In Wahlbefragungen befragen wir alle Wahlberechtigten, natürlich auch Nichtwähler. Über die Nichtwähler in unseren Umfragen können wir viel sagen. Problematisch ist, dass alle Menschen immer weniger bereit sind, an unseren Umfragen teilzunehmen. Diese Umfragemüdigkeit hat viele Gründe: Die Menschen kriegen immer mehr Anfragen an Umfragen teilzunehmen, sind ständig online, verarbeiten ständig Informationen. Wir wissen nicht, ob diese Nichtwähler genauso drauf sind, wie die Nichtwähler, die mit uns reden. Über die Nichtwähler, die teilnehmen, wissen wir sehr viel.

Und was sind da die zentralen Erkenntnisse?

Wir haben im Prinzip zwei große Erklärungen: Das eine ist formelle Bildung. Eine höhere formelle Bildung geht immer einher mit einer höheren Wahrscheinlichkeit zur Wahl zu gehen. Je höher deine Bildung, umso eher verstehst du das politische System. Je höher deine Bildung, umso eher bist du aber auch von anderen hoch Gebildeten umgeben, die auch wählen gehen und in sozialen Netzen, in denen wählen gehen als sozial erwünscht gilt. Das zweite ist die Frage, ob sich Menschen politisch entfremdet fühlen. Das sind Menschen, die sagen: ‚Ist doch egal, ob ich mitmache oder nicht, meine Stimme zählt eh nicht, ich bin frustriert von denen da oben.‘ Das Problem dabei ist, dass dieses Argumentationsmuster durch Forschung und Medienarbeit – wie unser Interview gerade – inzwischen so bekannt und verbreitet ist, dass Nichtwähler es oft heranziehen, um ihr Verhalten vor sich selbst oder Fragenden zu begründen. Vielleicht ist es ihnen unangenehm zu sagen, dass sie es vergessen haben oder lieber mit ihrem Kumpel in den Park gehen wollten und dann sagen sie stattdessen, dass sie sich entfremdet fühlen. Um etwas nicht zu machen, braucht es wenig.

Also ist an der vermeintlichen Entfremdung vom politischen System gar nicht so viel dran?

Durch die veränderten Informationsprofile von Menschen in Deutschland gibt es schon eine gewisse Entfremdung. Manche Leute informieren sich nur über soziale Medien, konsumieren keine Qualitätsnachrichten, nehmen dubiose Quellen für ernst oder erfahren durch Algorithmen nur das, was sie hören wollen. Wer in den 1980ern politisch nicht interessiert war, hat wegen des Sportteils trotzdem Zeitung gelesen und dabei noch etwas aus der Lokalpolitik mitbekommen. Dass Sie zufällig was Seriöses über Politik erfahren: Das gibt es heute kaum noch.

Sie haben auch das Wahlverhalten von Russlanddeutschen und Deutschtürken untersucht. Spielt Einwanderungsgeschichte eine Rolle bei der Wahlbeteiligung?

Bei Wählern mit Einwanderungsgeschichte erklären die gleichen Faktoren, ob jemand wählt oder nicht. Diese Faktoren sind aber anders verteilt. Bei manchen asiatischen Herkunftsgruppen ist die formelle Bildung zum Beispiel etwas höher als in der Mehrheitsgesellschaft, bei anderen Gruppen im Schnitt etwas niedriger. Aber es gibt auch spezifische Faktoren, die Menschen mit Einwanderungsgeschichte noch relativ lange beim Wählen zurückhalten. Wenn Menschen in einem Haushalt aufgewachsen sind, in dem schon die Eltern wählen durften und politisch interessiert waren, gehen sie selbst später auch wählen. Wenn die Eltern kein Wahlrecht haben und wenig über Politik reden, dann tragen die Kinder diesen Haushaltsnachteil mit, wenn sie erwachsen werden. Das führt dann zu geringerer Wahlbeteiligung bei bestimmten Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Das gilt aber auch in Haushalten ohne Migrationsgeschichte: wenn die Eltern sehr unpolitisch sind, sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass die Kinder wählen gehen.

Welche Rolle spielt die AfD bei der Wahlbeteiligung? Wählen viele Leute, die sie bei vergangenen Wahlen aus Protest gewählt haben, jetzt wieder nicht? Und spielt auch fehlende Gegenmobilisierung eine Rolle, also dass immer weniger Menschen denken, sie müssten wählen, um ein Erstarken der extremen Rechten zu verhindern?

Beide Dynamiken gibt es. Die AfD war gut für die

Wahlbeteiligung. Die Partei hat, auch durch Beeinflussung des Mediendiskurses, dafür gesorgt, dass Einwanderungs- und Identitätsthemen im öffentlichen Diskurs zentral wurden. Sobald Einwanderung und Identität bei der Wahlentscheidung eine Rolle spielen, gibt es eine Polarisierung. Denn bei Identitätsthemen gibt es keine Kompromisse. Entweder es ist egal, woher die Vorfahren von jemandem kommen, oder nicht. Das führt dazu, dass mehr Menschen, vielleicht auch die gelegentlichen Nichtwähler, sagen: Ich muss wählen gehen, damit die von der AfD keine Chance haben. Die AfD hat nicht nur eigene Anhänger mobilisiert, sondern auch die AfD-Hasser.

Deren Schwächung ist für die Wahlbeteiligung also keine gute Nachricht?

Genau. Das ist einer dieser Kurzfristfaktoren. Letztlich gilt: Konkurrenz belebt das Geschäft. Das gilt auf dem Markt beim Obstkauf und in der Wahl. Und es gilt auch, wenn die Wählerinnen und Wähler das Gefühl haben, der Ausgang ist knapp. Für die Wahlbeteiligung ist es nicht hilfreich, dass wir in NRW keine Lagerwahlkämpfe mehr haben, also Rot-Grün gegen Schwarz-Gelb, wodurch Wähler mobilisiert wurden. Wenn es wie jetzt keine Koalitionsaussagen vor der Wahl gibt, fällt diese Mobilisierung, der Einsatz fürs eigene Lager, weg, weil ich nicht mehr abschätzen kann, wie knapp es ist.

Wie problematisch ist denn die sinkende Wahlbeteiligung auf lange Sicht? Ist es okay, wenn junge Leute sich statt zu wählen in NGOs oder Nachbarschaftsinitiativen engagieren? Oder bekommt die Demokratie irgendwann ein Legitimationsproblem?

Sowohl als auch. Sie haben bei nachwachsenden Generationen ein viel breiteres Politikverständnis. Viele gehen regelmäßig zu Fridays-for-Future-Demonstrationen, aber halten sich parteipolitisch zurück. Diese Single-issue-Politik, bei der es nur um ein Thema geht, nimmt zu. Aber die öffentliche Legitimation dafür, Ressourcen zuzuteilen, Steuern umzuverteilen, öffentliche Dienstleistungen zu finanzieren, beruht immer noch auf liberaldemokratischen Institutionen und damit auf Wahlen von Parteien. Single-issue-Politik ist gut, um eine bestimmte Agenda voranzutreiben, aber letztlich kann sie nie legitimieren, dass Steuern erhoben werden. Eine Gefahr bei sehr niedriger Wahlbeteiligung ist, dass Verlierer irgendwann mal sagen: Ich akzeptiere das Ergebnis nicht. Sie brauchen die Zustimmung der Verlierer zum Wahlergebnis, den

Loser's consent, sonst droht Instabilität. Ein weiteres Problem ist: Wenn in einem Stadtteil oder Wahlbezirk nur 100 Leute zur Wahl gehen und jemand es schafft, 80 zusätzliche für sich zu mobilisieren, kann man durch krasse Einzelaktionen das Wahlergebnis extrem beeinflussen. Weil einfach absolut gesehen so wenig Leute mitmachen. Auch Zufälle wie besonders gutes oder besonders schlechtes Wetter spielen dann eine größere Rolle.

Und was ist mit dem Argument, dass eine geringe Wahlbeteiligung die Demokratie delegitimiert?

Das Argument kaufe ich nicht so ganz, solange alle wählen können. Es ist auch ein Privileg, nicht zu wählen. Manche kommen aus autokratischen Ländern, wo sie es mussten und es ‚Zettel falten‘ genannt haben, und freuen sich, es nicht mehr zu müssen. Das Delegitimationsargument finde ich deshalb nicht so überzeugend. Mir fällt immer auf: Sobald Leute das Gefühl haben, jetzt geht es um wichtige Sachen – etwa bei der Polarisierung durch die AfD – , dann gehen sie auch zur Wahl. Dann gibt es bei der Wahlbeteiligung auch Sprünge nach oben.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de